

Büro: Frankfurter Str. 70, Tel. 06151/25885, Mo. u. Di. 18-20 Uhr

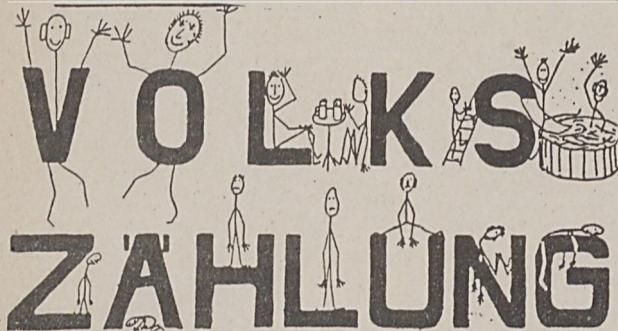
Plenum: jeden Freitag, 20 Uhr, altes Hauptgebäude TH Darmstadt

Spendenkonto c/o M. Wacker, Sparkasse Darmstadt, Konto Nr. 111 034 117

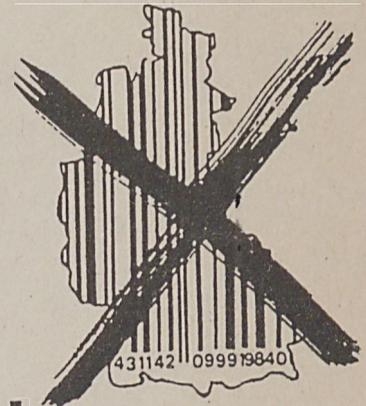
VERANSTALTUNGEN:

Mi., 13.5.87, 20 Uhr, Audi-Max TH Da.: Volkszählungsgesetz u. BVG-Urteil mit Prof. Podlech, Boykott-Strategie u. Rechtshinweise

Fr., 15.5.87, 20 Uhr, Audi-Max TH Da.: Sicherheitsgesetze u. Überwachungsstaat mit Sebastian Cobler



Der Staat fragt - Bürger antworten mit Boykott



In der zweiten Maihälfte (Stichtag: 25.5.87) ist ein erneuter Anlauf für die 1983 geschaltete Volkszählung geplant. Sie wird wohl über eine Milliarde Mark kosten. Allein für die Werbung sind 16 Mill. ausgegeben, wenn Sie diese Zeilen lesen. Irgendwann im Mai wird es an Ihrer Haustür klingeln. Eine Dame oder ein Herr wird sich als Zähler/in vorstellen und Ihnen einen Fragebogen überreichen - mit der Aufforderung, ihn sofort oder binnen einer Woche auszufüllen.

Wie Sie heißen, ist uns egal

Wie Sie sicherlich schon bemerkt haben, versuchen die Volkszähler auf die Bedenken der Bürger und Bürgerinnen einzugehen:

Die Statistischen Ämter sagen, dem Datenschutz sei genüge getan: In der Erhebungsstelle würde sofort der Haushaltsmantelbogen, auf dem Ihre Anschrift steht, von dem anonymen Personenbogen getrennt. Aber wenn Sie sich die Volkszählungsbögen einmal genau anschauen, finden Sie auf dem Personenbogen eine "Heftnummer", die Sie auf den Haushaltsmantelbogen übertragen sollen. (Wenn das nicht schon der Zähler für Sie übernommen hat).

Diese "Heftnummer" soll nach §4 Volkszählungsgesetz (VZG) ausdrücklich gespeichert werden, so daß Ihre Daten weiter verknüpfbar bleiben - auch nach der Trennung der Bögen.

● Ebenso wird Ihre Adresse auf dem Mantelbogen nicht sofort vernichtet, sondern ebenfalls abgespeichert. Zuerst wird nämlich festgestellt, in welchem Straßblock Sie wohnen (§15 Abs. 4 VZG). Die Versuche des Informatikers Brumstein haben bewiesen, wie einfach es ist, die Daten dieser sogenannten "Blockseiten" wieder den dort wohnenden einzelnen Personen zuzuordnen.

Es heißt, »spätestens zwei Wochen nach Feststellung der amtlichen Bevölkerungszahl« werden die Bögen vernichtet, also nach eineinhalb Jahren, denn so lange dauert nach Angaben des Statistischen Amtes die erste Auswertung. Dann sind aber erst die Fragebögen vernichtet, auf welchem Datenträger Sie inzwischen stehen, erfahren Sie nicht. Gehören Sie jedoch zu den 10 bis 20 % für die Stichprobenkontrolle, bleiben Sie bis zur nächsten Volkszählung gespeichert.

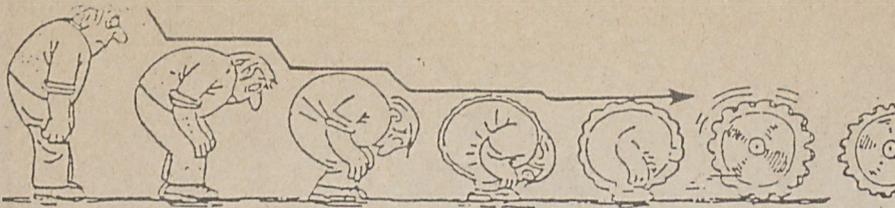
● Zwei umfangreiche Datenzusammenhänge sollen von Ihnen festgestellt werden: Erstens, wo Sie wohnen (Ihr Haushalt, das Gebäude, Ihre Nachbarn, die Blockseite) und zweitens, wo Sie arbeiten (Ihr Betrieb, Ihre Kollegen).

So will der Staat z.B. von Ihnen wissen, mit wem sie zusammenwohnen und ob Sie von Ihrem Mitbewohner, Freund, Ehemann oder -frau wirtschaftlich abhängig sind. Wo arbeiten Sie, was machen Sie dort und wie lange brauchen Sie dorthin? Haben Sie noch einen Nebenverdienst? Mit wievielen Leuten arbeiten Sie eigentlich im Betrieb zusammen? Wie sieht Ihre soziale Herkunft und die Ihrer Kollegen aus? Haben Sie eigentlich Abi-

tur oder nur den Hauptschulabschluß? Wieviele Räume hat Ihre Wohnung, wie werden sie genutzt, wie werden sie beheizt? Haben Sie eine Dusche? Entschuldigen Sie, wie und womit kochen Sie? In der Nische, auf dem Herd oder im Schrank? Sind Sie Eigentümer der Wohnung, in der Sie wohnen? Wie hoch ist Ihre Miete? Werden eigentlich alle Zimmer von Ihnen wirklich genutzt? Welcher Religionsgemeinschaft gehören Sie an? Sind Sie Deutsche/r oder etwa nicht? Beschreiben Sie den Beruf, den Sie ausüben! Wo stellen Sie abends Ihr Auto ab? Haben Sie eine Ferienwohnung? Leben Sie auf Kosten anderer?

Diese Fragen sind nicht frei erfunden, sie alle sind im Fragebogen enthalten, nur wurden sie in Amtsdeutsch verkleidet und nicht so direkt gestellt, um die eigentlichen Absichten zu verdecken.

● Sie müssen sich auf die Integrität der statistischen Behörden verlassen und glauben, daß sie sich an die Geheimhaltungspflicht halten. Das Vertrauen in die Gesetzestreue amtlicher Stellen wird jedoch sowohl durch verschiedene Vorkommnisse in den letzten Jahren erschüttert, als auch durch die Erfahrung, daß gesetzliche Regelungen schnell geändert werden können, wenn die politischen Verhältnisse sich ändern. Zumal sich die Statistischen Ämter nie als Hort der Bürgerrechte verstanden, sondern - wie von ihnen betont wird - als Service-Einrichtung für die verschiedenen Nutzer statistischer Erhebungen, die ihre Tätigkeit im Rahmen der jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen ausüben.



Zum Nutzen aller - und damit jedes Einzelnen?

Wann haben Sie zum letzten Mal für Ihr tägliches Leben Daten aus dem Statistischen Amt gebraucht? Ihnen fällt nichts ein? Nun, es geht ja bei der Volkszählung um etwas anderes: Wir sollen unsere Daten abgeben. Benötigt werden die Daten für andere: die Verwaltung des Bundes, der Länder und Gemeinden, für Politiker, Wirtschaftsunternehmen und Interessengruppen.

Haben Sie sich schon einmal gefragt, was diese Leute mit Ihren Daten anfangen?

● Zum Beispiel die Politiker: Sie werden wohl kaum durch Zahlen von ihrer Politik Abstand nehmen. So werden ja auch tagtäglich in den Behörden und im Bundestag Entscheidungen getroffen (z.B. Bundesverkehrspläne), die auf keiner Datengrundlage beruhen, sondern allein darauf, welche Partei gerade die Regierung stellt.

Berge von Zahlen werden in der Volkszählung ermittelt, die vortäuschen, wissenschaftliche Grundlage für staatliches Planen zu sein. Bei Planungen kann man sich die Zahlen dann so herausuchen, daß man mit ihnen als Sachzwang argumentieren kann. Daß man mit Statistiken fast alles bestätigen kann, ist unter Fachleuten keine Frage. Je genauer die Zahlen, desto besser können Politiker berechnen, wie z.B. Sozialleistungen so zu kürzen sind, daß die Betroffenen kaum merken, warum es ihnen schlechter geht. Das geht so weit, daß z.B. in den staatlichen Behörden genau ausgerechnet wird, wieviele Witwen noch sterben müssen, bis die jeweiligen Jahrgänge eine höhere Rente (Kinderjahr) beanspruchen können. Die Volkszählung ist unmenschlich. Indem sie uns Menschen in Erhebungseinheiten und Rechenfaktoren zerlegt, liefert sie uns einer Planung aus, die jeden Kontakt zu unserem Alltag verloren hat.

● Oder große Unternehmen: Aus der Arbeitsstättenzählung werden sie die aktuellen Wirtschaftsstrukturdaten jeder Region erfahren. Für Unternehmensentscheidungen sehr nützliche Ergebnisse: Wo werden die niedrigsten Gehälter gezahlt? Vielleicht das neue Zweigwerk dorthin bauen und im Stammwerk Arbeitsplätze 'abbauen'? Oder mit demselben Ergebnis: Lieber Heimarbeitsplätze für alleinerziehende Frauen ausbauen?

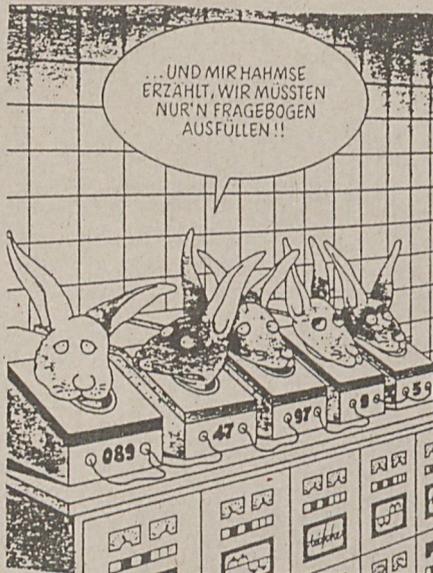
Tatsächlich nützlich?

Schon allein ca. 5 % aller Daten veralten pro Jahr durch die natürliche Veränderung der Bevölkerungsstruktur (Umzüge, Arbeitsplatzwechsel, Sterbefälle usw.) und den gesellschaftlichen Wandel. So sind die Daten bereits unbrauchbar, bevor sie nach zwei bis sechs Jahren auf den Tischen der Planungsbehörden liegen. Sie werden jedoch benutzt werden, ohne die nachstehend angerissenen Probleme beseitigen zu können.

An der Arbeitslosigkeit z.B. wird auch eine Volkszählung nichts ändern: Ob sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden, hing nie davon ab, ob die Arbeitslosenquote nun auf die dritte oder vierte Kommastelle genau zu bestimmen ist. Die Mieten werden noch weiter steigen, wenn die Ausstattungen der Wohnungen durch die Volkszählung ermittelt und der Mietpiegel überarbeitet worden ist.

Ein Beispiel dafür, daß Fehlplanungen durch Datensammlungen nicht verhindert werden können, sind die Anfang der 70er Jahre (mit den aktuellen Grunddaten der Volkszählung 1970) aufgestellten Energieprognosen. Damals wurde vorhergesagt, daß ohne die Einführung der sogenannten 'Brüter-Technologie' die Energieversorgung zusammenbrechen würde. Bis heute liefert diese Atomtechnologie, die die Steuerzahler/innen Milliarden gekostet hat, keinen Strom.

Und trotz der Volkszählung von 1970 wurde am Bau der menschenfeindlichen Großstadt- und Hochhausiedlungen festgehalten.



Noch mehr Staat?

Die staatlichen Krisen- und Kriegsplaner haben ein großes Interesse an den Volkszählungsdaten: Wieviel Frauen und Männer lassen sich nach den Notstandsgesetzen in der nächsten Krise zusätzlich zum Zwangsarbeitsdienst verpflichten? Welche Stadtteile müssen abgesperrt werden, um eine Flucht der Bevölkerung zu verhindern? Wo können Autos oder Wohnungen beschlagnahmt und Krankenhäuser für Soldaten geräumt werden? All das wurde in den WINTEX-/CIMEX-Manövern Anfang März geübt. Beim nächsten Mal wird die Zahl der Toten genauer zu berechnen sein. So wird durch die Volkszählung der nächste Krieg mit vorbereitet! Maschinenlesbarer Personalausweis, das computerlesbare Kfz-Kennzeichen und der Datenaustausch zwischen Polizei und Geheimdiensten, der durch das "Zusammenarbeitsgesetz" legalisiert werden soll, schaffen einen staat-

lichen Datenverbund, der es ermöglicht, jede/n beliebige/n Bürger/in in Raster- und Schleppnetzführung der Behörden geraten zu lassen, ohne daß diese/r irgendwelche Schuld trägt. Für den Ausbau dieser Überwachungsnetze sind bestimmte Grunddaten der Volkszählung über Bevölkerungs- und Wohnstruktur wichtige Grundlagen.

Fragen, die Ihnen nicht gestellt werden

Leiden Sie unter Lärm und Abgasen? Haben Sie auch Angst, daß Ihr Kind überfahren wird? Sind Ihnen öffentliche Verkehrsmittel zu teuer?

Wenn sich z.B. aus der Frage 13 des Volkszählungsbogens (»Welche Verkehrsmittel benutzen Sie hauptsächlich für den Hinweg zur Arbeit oder Schule/Hochschule?«) ergibt, daß 53% mit dem Auto fahren, so werden Planer daraus kaum die Konsequenz ziehen, daß Bahnverbindungen oder Fahrradwege ausgebaut und die Fahrpreise gesenkt werden müssen. Im Gegenteil werden noch mehr Straßenkilometer gebaut werden. Dieses Beispiel zeigt, daß die Art der Fragestellung und die aus den Ergebnissen gezogenen Konsequenzen immer eng mit politischen Interessen verbunden sind. Daher sind die Ergebnisse der Volkszählung für sinnvolle Planungen nicht nur überflüssig, sondern auch gefährlich. Und auf die Frage nach der Zahl der leerstehenden Wohnungen wird sich z.B. ergeben, daß der Wohnungsbedarf in der BRD gedeckt ist, denn sonst stünden ja keine Wohnungen leer. Warum diese Wohnungen leerstehen, ob sie vielleicht einfach unerschwinglich sind, das interessiert die Volkszähler und Planer nicht mehr.

Das Dilemma staatlichen Planens sind nicht die "fehlenden" Zahlen, die die Volkszählung nun bringen soll, sondern die zu vielen Zahlen, die den Blick auf die Wirklichkeit verbauen. Fehlentscheidungen wurden auch bisher von keiner Zwangsumfrage verhindert, ihre Ursachen waren politischer Natur und hatten nichts mit fehlenden Daten zu tun!

Die Volkszählung basiert auf einem Demokratieverständnis, das verinnerlicht hat, daß "die da oben" sich einen Überblick verschaffen und dann für die Betroffenen "da unten" entscheiden. Soziale Mißstände wie Arbeitslosigkeit, teurer Wohnraum, Mangel an sozialen Diensten für Kranke, Alte, Behinderte, schlechte Schulen, fehlende Kinderspielplätze sind offensichtlich. Wo in den Gemeinden Straßen, Parkplätze gebaut oder Parks, Spielplätze, Biotope angelegt werden sollen, das können die Betroffenen sehr gut selbst beurteilen und entscheiden. Doch hat Sie überhaupt schon mal jemand gefragt, was Sie wollen?

Wir fordern stattdessen mehr Bürger/Innenbeteiligung bei der Planung und echte Entscheidungskompetenz der Betroffenen im kommunalen Bereich!